

STUTTGARTER ZEITUNG

Nr. 242 | 42. Woche | 77. Jahrgang | E4029 | E

Dienstag, 19. Oktober 2021 | Ausgabe Kreis Esslingen

2,30 €



Colin Powell ist tot

Der tragische General

Der ehemalige US-Außenminister ist an Covid-19 gestorben. In seiner Partei war Powell zu einem Außenseiter geworden. **Seite 3**

Der Verbraucher zahlt die Zeche



Waren werden knapp, die Preise steigen teils rasant. Die Bürger sind verunsichert.

Von Daniel Gräfe

Was waren das noch für Zeiten: Zum Höhepunkt der Globalisierung ließ eine Vielzahl von Unternehmen dort produzieren, wo die Arbeitskräfte billig, Subventionen hoch und Sozialstandards niedrig waren. Schiffe fuhrten Produktionsteile kreuz und quer um die Welt, weil der Transport kaum etwas kostete. Die Firmengeräte schrumpften, da die Herstellungsverfahren stundengenau getaktet wurden. Und die Verbraucher in Deutschland griffen bei günstigen Preisen und breitem Angebot meist bedenkenlos zu, profitierten doch auch sie von der globalen Arbeitsteilung.

Die neue Realität sieht anders aus: Zurzeit erfahren Unternehmen wie Bürger, dass die Weltwirtschaft nicht immer nach Wunsch funktioniert. Um fehlende Chips, Holz und Erdgas konkurrieren auch andere Konzerne und Staaten. Dass der Konsum in Deutschland derzeit massiv steigt, heißt deshalb nicht, dass auch die Güter zuerst nach Deutschland fließen. Der weltweite Warenverkehr stockt, Lieferketten sind gerissen, die Logistik ist infolge der Havarie im Suez-Kanal und Hafenschließungen in China völlig aus dem Takt.

Die neue Realität bedeutet auch: Die deutsche Wirtschaft verliert im weltweiten Vergleich weiter an Einfluss, wenn es um die Aufteilung von Ressourcen geht. Mächtige Autobauer mussten wegen fehlender Halbleiter vorübergehend die Produktion stoppen und Mitarbeiter in Kurzarbeit schicken. Bei wichtigen Rohstoffen wie Seltenen Erden hängt die Industrie in hohem Maße von China ab. Und auch im Kleinen läuft nicht alles rund: Hauslebauer warten monatelang auf Holz, Pendler auf Autos und E-Bikes. Und jetzt sorgt die Lieferkrise auch noch dafür, dass zum Jahresende hin die Auswahl an Fernsehern, Handys, Spielen, Sportschuhen und Kühlschränken schrumpft. Bei knappen Angeboten steigen die Preise.

Für viele Verbraucher ist das eine neue Erfahrung. Seit einem Vierteljahrhundert hat es auf breiter Front keine drastischen Preisanstiege mehr gegeben. Wer in der Internet-Warenwelt groß geworden ist, hat gar den Eindruck gewinnen können, alles sei jederzeit auf Knopfdruck verfügbar und die Billigpreise in den Discontern garantiert. Vermeintliche Selbstverständlichkeiten wie diese werden jetzt auf ein Normalmaß reduziert, während die Verunsicherung steigt. Diesen Herbst empfinden viele ungemütlicher als sonst, denn die globale Arbeitsteilung spielt ihnen nicht in die Karten.

Größere Sorgen als die kleinere Auswahl zu Weihnachten bereiten den meisten Verbrauchern aber die rasant steigenden Energiepreise. Im Herbst und Winter könnte es in manchen Wohnungen etwas kühler werden als in den Vorjahren. Derzeit erhöhen die Gasanbieter wegen der weltweiten Knappheit die Preise, bis zu 30 Millionen Haushalte in Deutschland sind betroffen. Die Kunden sollten die Anbieter vergleichen und einen Wechsel prüfen, denn mit der Preiserhöhung gibt es ein Sonderkündigungsrecht. Einige Hundert Euro lassen sich sparen.

Vergleichen, sparen und beim Einkauf improvisieren: Für viele Bürger wird das die kommenden Monate zum neuen Normal. Der Vergleich an den Tankstellen dagegen hilft kaum weiter: Praktisch überall liegt der Dieselpreis so hoch wie zuletzt 2012, beim Benzin ist es nicht viel anders. Eine Entlastung an der Zapfsäule und vor allem beim Heizen muss und wird zum Start einer neuen Koalition im Bund eines der dringlichsten Themen sein. Dabei den Klimaschutz und den Ausbau der Erneuerbaren Energien nicht auszubremsten wird für die Politiker nicht einfach. Auch sie werden in den nächsten Monaten viel improvisieren müssen.

Die Dritte Seite

Der letzte Gastarbeiter: Neue Perspektiven im Bundestag **Seite 3**

Stuttgart

Gegner der neuen Abflugstrecke am Flughafen erhöhen den Druck **Seite 18**

Kultur

Streit über die Pressefreiheit: Springer-Verlag in der Kritik **Seite 28**

EU sucht richtigen Umgang mit Belarus

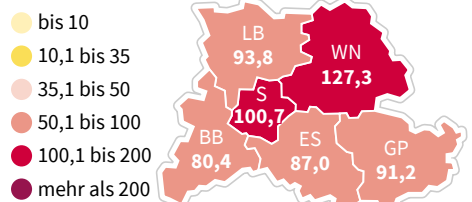
BERLIN. Wegen steigender Flüchtlingszahlen auf der Route über Belarus wollen Deutschland und andere EU-Staaten den Druck auf das autoritär regierte Land erhöhen. Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) sprach sich bei Beratungen der EU-Außenminister für Sanktionen gegen Fluggesellschaften aus, die Belarus beim Schleusen von Flüchtlingen unterstützen. Die Bundesregierung prüft eine „verstärkte Schleierfahndung“ an der Grenze zu Polen. **AFP** – Kommentar: Blick in Abgründe **Seite 3** – Lukaschenko erhöht Druck auf EU **Seite 4**

Reichelt muss gehen

BERLIN. Der Verlag Axel Springer hat „Bild“-Chefredakteur Julian Reichelt mit sofortiger Wirkung von dessen Aufgaben entbunden. Als Folge von Medienrecherchen habe das Unternehmen neue Erkenntnisse über das aktuelle Verhalten Reichelts gewonnen. **Seite 28** *epd*

VERBREITUNG DER INFEKTION

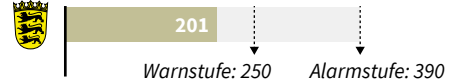
Neuinfizierte (7 Tage) in der Region je 100 000 Einwohner



Neuinfektionen (mittlerer Tageswert 11.10. – 17.10., verglichen mit der Woche davor)

9209 (+11 %) **1610** (+14 %)

Covid-19-Patienten auf Intensivstation



Grafik: Biwer

Quelle: RKI, LGA Stuttgart, Stand 18.10., 18 Uhr

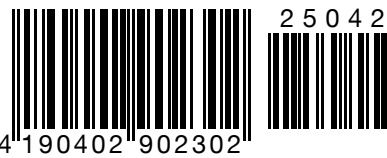
Wetter Seite 18



Börse Seiten 14, 15

Dax 15 474,47 Punkte (– 0,72 %) **Dow Jones** 35 246,69 Punkte (– 0,14 %) **Euro** 1,1604 Dollar (Vortag: 1,1602)

Ausführliches Inhaltsverzeichnis Seite 2



In der EU drohen erneut Fahrverbote

Neue Richtlinien für Stickstoffdioxid und Feinstaub würden in fast allen deutschen Städten für zu hohe Werte sorgen – auch in Stuttgart.

Von Markus Grabitz

In nahezu allen deutschen Städten drohen erneut Fahrverbote, sollte die EU-Kommission in den nächsten Jahren schärfere Grenzwerte für Stickstoffdioxid und Feinstaub vorschlagen. Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat im September neue Richtwerte für die beiden Schadstoffe beschlossen, daran könnte sich Brüssel orientieren. Diese Werte wurden zuletzt an so gut wie keiner innerstädtischen Messstation Deutschlands eingehalten. Die Schadstoffe rühren vor allem von Dieselmotoren her, werden aber auch über den Reifenabrieb von Elektroautos emittiert.

Der Wert für Stickstoffdioxid wurde in den ersten neun Monaten 2021 nach einer Analyse unserer Zeitung an 308 von bundesweit 412 Messstationen gerissen. Die WHO empfiehlt, dass der Jahresmittelwert für Stickstoffdioxid von 40 auf zehn Mikrogramm je Kubikmeter Luft sinkt.

Die Werte an Messstellen in Stuttgart und der Region liegen um ein Vielfaches darüber: An der Stuttgarter Messstation Pragstraße lag der Mittelwert in den ersten neun Monaten bei knapp 40 Mikrogramm. An der Schlossstraße in Ludwigsburg wurden knapp 39 Mikrogramm gemessen, am Stuttgarter Neckartor knapp 35 Mikrogramm. Spitzenreiter ist bundesweit die Messstation Lands-huter Allee in München. Der WHO-Feinstaubrichtwert wäre 2020 nach einer Über-

sicht des Science Media Center Germany mit einer Ausnahme bundesweit verfehlt worden. Der Feinstaubgrenzwert könnte bei einer Zunahme von E-Autos zum Problem werden, da sie wegen des höheren Gewichts für mehr Reifenabrieb sorgen.

Die WHO-Richtwerte sind zwar nicht rechtlich bindend. Wie in allen anderen EU-Mitgliedstaaten liefert in Deutschland die EU-Luftreinhaltungsrichtlinie den gültigen Grenzwert. Die EU-Kommission will aber im Frühjahr die aus dem Jahr 2008 stammende Luftreinhaltungsrichtlinie überarbeiten. Und das Europaparlament hat bereits beschlossen, die WHO-Richtwerte eins zu eins in EU-Recht zu übernehmen. Der Vorschlag der Kommission würde EU-Gesetz, wenn das Europaparlament sowie die 27 EU-Mitgliedstaaten mehrheitlich zustimmen. Die Richtlinie könnte 2026 in Kraft treten.

EU-Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius, der zur grünen Parteienfamilie gehört, hat eine „möglichst nahe Anlehnung an die WHO-Richtwerte“ in Aussicht gestellt. Der Pfullendorfer Europaabgeordnete Norbert Lins (CDU) warnt: „Eine Übernahme der neuen WHO-Leitlinien in EU-Recht würde unmittelbar zu einer Verbotsorgie führen.“ Die Kommission solle sich den WHO-Leitlinien in Zwischenschritten bis 2030 annähern. „Eine sofortige Übernahme würde die Mobilität von vielen Bürgern in der gesamten EU massiv einschränken.“

– Es drohen weitere Fahrverbote **Seite 11**

FDP will über Ampel verhandeln

BERLIN. Auch die FDP hat der Aufnahme formeller Koalitionsverhandlungen zugestimmt. Bundesvorstand und Bundestagsfraktion votierten am Montag einstimmig für die Aufnahme der Gespräche zur Bildung einer Regierung mit SPD und Grünen. Die SPD hatte am Freitag grünes Licht gegeben, die Grünen am Sonntag. FDP-Chef Christian Lindner hatte sich gegen öffentliche Debatten über Ministerposten ausgesprochen, aber zugleich bereits Interesse am Schlüsselressort Finanzen signalisiert. **AFP/dpa**

– Jetzt geht es ans Eingemachte **Seite 2** – Kommentar: Kassenwart **Seite 3** – Umweltprämien auf der Streichliste **Seite 13**

Luff



In den Sternen

Nach 29 Zeichen ist Schluss

Wer möchte nicht gerne in Saint-Quentin-Lamotte-la-Croix-au-Bailly wohnen? Am Rand der 80 Meter hohen Klippen kann man den Blick über den Ärmelkanal schweifen lassen und die Möwen beobachten. Das 1287 Seelen zählende Saint-Quentin-Lamotte-la-Croix-au-Bailly ist ein Dorf wie aus dem Frankreich-Prospekt. Doch der Fortschritt macht auch vor diesem Flecken nicht Halt, bringt aber eine gehörige Portion Ärger mit sich.

Der Grund sind die in Frankreich neu eingeführten Personalausweise. Alle Franzosen werden diese modernen und nur schreckkartengroßen Ausweispapiere erhalten – nicht aber die Croisiens, wie die Bewohner des Dorfes in der Gegend kurz genannt werden. Der Grund ist so überraschend wie banal: Der Name Saint-Quentin-Lamotte-la-Croix-au-Bailly passt nicht in die Zeile, wo die Wohnadresse vermerkt ist. Dieses Problem ist niemandem aufge-

In Frankreich bekommen nicht alle Bürger neue Personalausweise.

Von Knut Krohn

fallen, bis die ersten Bewohner im örtlichen Rathaus der nordfranzösischen Gemeinde einen neuen Personalausweis beantragt haben. Nach 29 Zeichen im Adressfeld ist Schluss.

Mit ihrem Problem sind die Bewohner von Saint-Quentin-Lamotte-la-Croix-au-Bailly nicht alleine. Nachforschungen der Tageszeitungen „Le Parisien“ haben ergeben, dass es in Frankreich noch mindestens 78 Gemeinden mit Namen von mehr als 30 Zeichen gibt. Einige findige Geister haben begonnen, die Namen einfach abzukürzen. Das ist pragmatisch, aber auf offiziellen Dokumenten nicht erlaubt, so dass die Papiere allenfalls provisorischen Charakter haben können. Alain Berthet findet das Abkürzen aus einem anderen Grund eine schlechte Idee. Der Name einer Gemeinde habe auch etwas mit deren Identität zu tun, sagt er. Der Mann ist Bürgermeister von Beaujeu-Saint-Vallier-Pierrejux-et-Quitteur.